

Kaukasische Post

Adresse der Redaktion und der Geschäftsstelle:
Kirchenstr. (Кирпичн. ул.) № 25, Lokal des 3.-K.-S.
Sprechstunden: 6¹/₂ - 7¹/₂ Uhr abends.

Erscheint 2 mal wöchentlich:
am Mittwoch und am Sonnabend.

Bezugspreis: 12 Rubl. vierteljährlich. Anzeigen:
die 5 mal gespaltene Kleinzeile auf der ersten
Seite—60 Kop., auf der 4. Seite—40 Kop.

Nr. 27.

Tiflis, den 12. Juni 1918.

10. Jahrgang.

Das Abonnement auf die

„Kaukasische Post“

für das nächste Vierteljahr (1. Juni—1. September neuen Stils) ist eröffnet, und werden die Ortsgruppen, sowie die einzelnen Abonnenten in Stadt und Land dringend gebeten, mit dem Entrichten des Bezugsgeldes nicht zögern zu wollen.

Die „K. P.“ erscheint mit dem 1. Juni in vergrößertem Format und mit verdoppeltem Inhalt. Trotzdem hat der Nationalrat es für möglich befunden, den Bezugspreis nur um drei Rubl. pro Quartal zu erhöhen.

Abonnements werden nur auf das ganze Vierteljahr angenommen.

Bezugspreis: 12 Rubl. vierteljährlich (mit Zustellung).

Der Nationalrat.

Dr. med. B. Donchin,

gewes. langjähr. Assistentarzt der Universitäts-Augenklinik in
Wien. Spezialarzt für

Augenkrankheiten

Empfangt von 9-12 Uhr vormittags u. von 4-7 Uhr nach-
mittags. Michaelstrasse (Мих. ул.) № 76. Teleph. 7-38.

Dr. med. A. Schahbasian,

gewes. Assistent an der Frauenklinik d. königl. Charité in Berlin.
Spezialarzt für Frauenkrankheiten, Geburtshilfe,
Harn u. Blasen, sowie Geschlechtsleiden der Frauen.

Sprechstunden täglich von 5-7 Uhr, ausser Sonntags.
Oliginskaja № 3, Haus Melik-Asarian, Wohnung 12. Tel. 16 68.

Deutscher Lehrer

mit 10 jähriger
Praxis wünscht
passende Beschäftigung von 3 Uhr an, (Кирпичн.
ул.) 8, кв. 23. 2-1

Dr. med. Leo Schereschewsky.

Prakt. Arzt.

Innere- & Nervenkrankheiten

Von 1 bis 3 Uhr täglich.

Воруженск. ул. 5.

10-1

Doctor A. von Loewenstein.

Röntgen-Institut — Electrotherapie.

Sprechstunden von 4-8 Uhr.

Fernsprecher 12-46. Ул. Кривола № 5, кв. 13.

10-1

Tiflis, d. 12. Juni 1918.

Zur Frage über die zukünftige Gestaltung der Beziehungen des unabhängigen Armeniens nach außen und nach innen brachte die konservative armenische Zeitung „Mschak“ unlängst eine Betrachtung, die in mancher Hinsicht überraschend wirken mußte und wohl deshalb fast in sämtlichen armenischen Blättern, ohne Unterschied ihrer nationalen Zugehörigkeit oder ihres Parteistandpunktes, teils im ganzen, teils verkürzt, wiedergegeben worden ist. Da sie auch eben noch ihr aktuelles Interesse nicht verloren hat, seien aus ihr die zumeist charakteristischsten Stellen angeführt:

„Uns erscheint die Idee der Schaffung eines selbständigen armenischen Staates, etwa einer Republik, nicht nur als verfrüht, sondern auch als unzweckmäßig, wie verlockend

sie denen, die das geistige Gleichgewicht verloren haben, immerhin vorzukommen mag. Natürlich bedürfen die armenischen Provinzen, die gewissermaßen herrtenlos geworden sind, einer nationalen Herrschaft oder Regierung, aber heute einen selbständigen armenischen Staat zu schaffen zu wollen, halten wir von Standpunkt der armenischen nationalen Interessen aus für schädlich und meinen, daß solches der Zukunft überlassen bleiben sollte. Freilich wäre es aus rein praktischen Gründen prinzipiell erwünscht, daß ein armenisches oder araratistisches selbständiges Reich existierte. Jedoch entspräche die Erfüllung dieses Wunsches in der Gegenwart nicht dem bisherigen Verhalten der Nation und wäre auch nicht gut mit dem Wohle des Volkes, seiner weiteren Entwicklung und dem Streben nach Ruhe in Einklang zu bringen. Sie wäre nicht zweckentsprechend und könnte ebendrei großes Unheil zur Folge haben. Wir befinden uns bei weitem nicht in denselben Verhältnissen wie die Georgier und Tataren. Die Selbständigkeit wird Georgien und Aserbeidshan vielleicht Glück bringen, uns aber brächte ein selbständiges Armenien gewiß kein Glück. Das ist klar. Denn: 1) besitzen wir weder Armenien, noch den Aharat; man überläßt uns nur ein winziges Stück des eintägigen Armeniens, das ebendrei nur zum größten Teil gehörig ist; wir haben weder einen Zugang zum Meer, noch einen größeren Fluß zu unserer Verfügung; wir haben weder Wald, noch Eisendächern; wir bilden segensreichen einen Körper, dem man ein Bein, einen Arm, ein Ohr amputiert und dazu noch ein Auge ausgehöhlet hat; wir sind zerschnitten und gelähmt; ein derartig entstellter, zerstückelter, verblutender Organismus aber kann nicht leben, geschweige denn sich entwickeln, sondern wird das armeilige Dasein eines Paralytikers fristen; ohne Wälder, ohne Mineralreichtümer, ohne Flüsse, ohne fruchtbare Felder, ohne Gewerbe, Industrie, Handel, Kultur etc. kann unser Volk nicht existieren und wird die erforderlichen Existenzmittel in fremdem Lande suchen müssen; 2) werden wir auch nicht die nötigen Mittel zum Unterhalt einer Regierung, eines Heeres und eines Verwaltungsapparats haben. In unserer Abgeschiedenheit von Ausland werden wir nicht einmal Mehl haben. Umringt von starken Nachbarn, werden wir uns in steter Gefahr befinden. Schließlich haben ja auch Ausland und die Völkerverbund Transkaukasien immer noch nicht aufgegeben und halten uns für selbständige. Das Ende des Krieges läßt sich immer noch

nicht voraussehen. Immer noch drohen die Engländer von Persien her nach Transkaukasien einzumarschieren und es sich zu unterwerfen.

Das sind alles sehr ernste Gründe, die uns nötigen bezüglich des Programms einer armenischen unabhängigen Republik zurückhalten zu sein und über einen zweckmäßigeren Ausweg nachzudenken. Wir meinen, daß das armenische Volk eben besser fahren würde, wenn es mit dem tatarischen Nachbar Verhandlungen anknüpft und sich mit ihm dahin einigt, einen gemeinsamen absehbildlichen autonomen Staat zu gründen, zu dessen Behande gehen werden: die Gouvernements Baku, Elisabetpol und Erivan im vollen Umfang, mit Ausnahme derjenigen Plätze, die von den Türken besetzt sind. Berecht werden wir Armenier und Tataren hart sein und allen Gefahren der Zukunft Treue bieten können. Wenn wir eine gemeinsame Regierung, ein gemeinsames Meer und ein gemeinsames Finanz- und Zollsystem haben werden, werden wir, jede Völkergrenze für sich, unser eigenes national-kulturelles und autonomes Leben führen können.

Dieser Gedanke ist zweifellos schon vielen gekommen. Indem wir ihn aber auszusprechen, bitten wir zugleich, daß kompetente Persönlichkeiten sich zu dieser Angelegenheit äußern möchten. Wir glauben, daß wir gewisse Bedingungen eines Zusammenlebens mit den Tataren und freundschaftlicher Beziehungen zu ihnen ausarbeiten könnten. Sollte aber die Erfahrung lehren, daß wir nicht zusammengehen können, nun — so trennen wir uns wieder von einander, wie es seinerzeit Schweden und Norwegen getan haben.

Die Verwirklichung dieses Programms setzt aber voraus, daß die zeitweilige Regierung oder der Nationalrat aus Elementen bestünde, die den Tataren Vertrauen einflößen und in ihnen die Überzeugung davon erwecken, daß wir unseren Kurs in der Politik wirklich geändert haben. Deshalb ist erforderlich, daß wir klug und klar verfahren, es sollen an der Spitze der Regierung nicht mehr die Diktatorfiguren stehen. Hierin liegt keine Beilehnung; es zu verlangen, ist nationale Pflicht. Jetzt schon fordert es die öffentliche Meinung, fast das ganze armenische Volk. Im Leben und in der Geschichte gab es und gibt es Momente, in denen selbst die größten Männer sich genötigt sehen, von der Bühne des öffentlichen Wirkens abzutreten und sie andern zu überlassen. Auch in dieser Sache wäre eine weise, vielfältige Meinungsäußerung erwünscht.“

Soweit die Betrachtung der Zeitung „Mschak“.

Sie mag ja an und für sich durch die Umstände, unter denen Armenier und Tataren in einigen Teilen der Republik Aserbeidshan (namentlich in den Gouvernements Erivan und Elisabetpol) seit unvorstellbaren Zeiten bei einander leben, bis zu einem gewissen Grade begründet erscheinen. Auch die Tatsache, daß man früher von armenisch-tatarischen Mißbilligkeiten oder gar den blutigen Zusammenstößen nichts hörte und nichts wußte, spricht für die Richtigkeit mancher Voraussetzung in der Betrachtung. Doch kann man nicht umhin, sich über den in ihr gemachten Vorbehalt einer unmittelbaren Verdrängung zwischen den beiden, sich bis aufs äußerste anknüpfenden und bekämpfenden Völkerschaften in einer Zeit, wo Tausende von Brüdern und Schwestern zu Opfern ihrer mohammedanischen Verfolger werden und sterbend ihre Wölder verlassen, zu verwundern. Freilich besagt ein altes deutsches Sprichwort: „Not kennt kein Gebot“, aber man soll aus der Not auch nicht gleich eine Tugend machen

und den Teufel mit Begehob austreiben wollen. Die Orientierung auf den Bolschevismus war also noch nicht der letzte Akt der Verzweiflung der armenischen Bevölkerung Transkaukasiens. Wir sehen, es geht weiter in dem tragischen Stück: die tatarische Orientierung! Ein neuer Akt, wohl der allerletzte. Denn über sie hinaus gäbe es kaum noch eine Orientierung, da doch kein Zweifel darüber bestehen kann, daß eine so enge Anlehnung der Armenier an die Tataren, wie sie die Betrachtung des „Mischal“ empfiehlt, ohne einen starken Vermittler, der alle Gegensätze zwischen ihnen zu überbrücken vermöchte, unter den augenblicklichen ausschließlich für die Tataren günstigen Verhältnissen gleichbedeutend wäre mit — Selbstvernichtung. Oder ist hierbei der Vermittler hinzuzudenken? Dann frage es sich: Wer ist gemeint, die Türkei oder Deutschland? Oder in erster Linie die Türkei, dahinter aber Deutschland? Träfe letzteres zu, so wäre die Frage berechtigt: Wozu der Umweg? Ist doch der gerade Weg der kürzeste und als solcher in der Regel der beste.

Inland.

Zwischen der kaiserlich-deutschen Regierung und der georgischen Regierung ist eine Vereinbarung zwecks Regelung der vorläufigen Beziehungen der von ihnen vertretenen Völker zu einander getroffen worden, die folgendes voraussetzt: 1) Die georgische Regierung anerkennt die Bestimmungen des zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rußland andererseits am 3. März 1918 abgeschlossenen Friedensvertrages (Friede von Brest-Litovsk) als anwendbare Grundlage für die Feststellung der Beziehungen zu Deutschland. Dementsprechend werden die Bestimmungen der zweiten Abteilung des Hauptvertrages sowie die Grundlagen der ergänzenden Vereinbarung als inbezug auf Deutschland aufnehmbar anerkannt. — 2) Für die ganze Dauer des Krieges gestattet die georgische Regierung den vier Bundesmächten die Benutzung des Eisenbahnnetzes in den Grenzen Georgiens zur Überführung von Truppen und Kriegsmaterial. Zu diesem Zweck wird in Tiflis eine Kriegskommission unter deutscher Leitung gegründet, welche im Einvernehmen mit der georgischen Regierung es auf sich nimmt, die Eisenbahnverbindung zu regeln. Zu dieser Kommission können Vertreter aller vier Bundesmächte gehören. Die Eisenbahnstationen sowie der Hafen von Poti werden von deutschen Kommandanten und wachhabenden Bataillons besetzt. — 3) Am Orte, wo die georgische Regierung ihren Sitz hat, wird eine deutsche diplomatische Vertretung, in Berlin aber eine georgische diplomatische Vertretung eingerichtet. — 4) Die Regierung Georgiens

gestattet die Ernennung von deutschen Konsuln an denjenigen Orten des georgischen Reichs, wo die kaiserlich-deutsche Regierung es für erwünscht hält. — 5) Diese vorläufige Vereinbarung, die von dem Tage ihrer Unterzeichnung in Kraft tritt, wird in möglichst kurzer Zeit durch ein beiderseitiges Staatsabkommen ersetzt werden, das die Beziehungen Deutschlands und Georgiens zu einander bestimmen wird, soweit nicht einige Teile vorliegender Verträge ersetzt werden sollten durch eine allgemeine Vereinbarung zwischen den vier Bundesmächten einerseits und der georgischen Regierung andererseits. — Dieser Vertrag ist jeinerzeit in Vatium von dem Vertreter Deutschlands, dem königlich-bavrischen General-Major von Loffow, und dem Vertreter Georgiens, dem Minister des Innern Akaki Tschekeli, eigenhändig unterzeichnet worden.

◆ Dmlichlich Benützung des Eisenbahnnetzes Georgiens zum Transport türkischer Truppen und türkischen Kriegsmaterials existiert noch ein Sonderabkommen zwischen der türkischen und der georgischen Regierung, welches später als das deutsch-georgische allgemeine, oben wiedergegebene Abkommen geschlossen worden ist, d. h. beim Friedensschluß in Vatium (nach dem türkischen Ultimatum), der bekanntlich am 3. d. Mts. erfolgte. Dieses Abkommen räumt der Türkei fast das ausschließliche Recht auf Benützung des in Rede stehenden Eisenbahnnetzes ein und die fast ausschließliche Kontrolle des Betriebs auf letzteren für die Zeit der Benützung, d. h. bis zur Beendigung der türkischen Kriegsoperationen. Nach dem Abkommen steht es der Türkei frei, auch ihren Bundesgenossen die Benützung des georgischen Eisenbahnnetzes zu dem nämlichen Zweck einzuräumen. Eine solche Abmachung ist aber nicht ganz im Einklang mit dem deutsch-georgischen Verträge, und ist daher, um Mißverständnissen in Zukunft vorzubeugen, deutschseits bereits das Nötige getan worden, um die Verbindlichkeit des zweitgenannten Vertrages in vollem Umfange zur Geltung zu bringen, mit anderen Worten: das Eisenbahnnetz im Bereiche der georgischen Republik bleibt nach wie vor unter dem Schutz und der Kontrolle der deutschen Kriegskommission.

◆ In Gemäßheit obiger Verträge haben bereits einige Jüge mit türkischem Kriegsmaterial und, wie verlautet, auch türkischen Truppenteilen von Vatium her Tiflis passiert, ohne daß dabei irgend welche Mißverständnisse entstanden oder gar Störungen erfolgt wären. Seit vorigen Sonntag treffen in Tiflis auch deutsche Truppenteile ein, die hier stationiert werden. Sie kommen über Poti. Ihre Zahl ist einwillig gering (2—3000 Mann), doch werden weitere Nachschübe erwartet. Die Mannschaften machen einen strengen Eindruck.

Das tiffiser Publikum befindet das lebhafteste Interesse für sie, und vor dem Gebäude, in dem die Kriegskommission untergebracht ist, am Golowinischen Prospekt, im Hause Mantajehin, im früheren Lokal der „Tifliser-Expatriantje“, kann man tagüber Gruppen von Personen verschiedener Nationalität und aller Klassen, alt und jung, groß und klein, beobachten, die nicht müde werden, die am Eingang aufgestellten Banchen anzuschauen. Auf den Straßen begegnet man zahlreichen deutschen Offizieren, deren schnelles Aussehen allgemein bewundert wird. Manchem behagt die Gegenwart deutschen Militärs nicht, und hört man dementsprechende Äußerungen des Unwillens, aber was die georgischen Mitbürger anlangt, so sind wohl die meisten von ihnen mit ihren „neuen Freunden“ zufrieden und erwarten von ihnen, daß sie dem Lande wirklich den Schutz zuteil werden lassen werden, den das Deutsche Reich ihnen zugehört hat.

◆ Dieser Tage weilte in Tiflis der kaiserlich-deutsche Konsul in Poti, Edgar Anders, in dienstlicher Veranlassung. Am 9. d. Mts. ist er wieder dorthin abgereist.

◆ Der Umstand, daß sich die deutsche Regierung ansieht, in Transkaukasien Schaafrulle, Baumwolle und verschiedene Erze aufzulaufen, hat ein ganzes Heer von Spekulant in Bewegung gesetzt. Die meisten derselben sind nichts weiter als Zwiischenhändler, deren Dienste gar keine Berücksichtigung finden werden, und die daher gut tun, wenn sie sich der Sache ganz fern halten. Auch soll man keineswegs glauben, daß die mit dem Aufstap beherrschten Herren phantastische Preise zahlen werden, wie sie sich die Verkäufer ausgenommen haben. Zur Regelung der Einkäufe wird in einigen Tagen eine deutsche Kommission hier eintreffen, die wahrscheinlich auch versuchen wird, die schwierige Kurzfrage einer einwilligen Lösung näher zu bringen.

◆ Wie wir erfahren, beabsichtigen hiesige Kaufleute und Kapitalisten eine Handelskammer zu gründen, scheinen aber dabei zu übersehen, daß eine „Handelskammer“ kein privates Unternehmen ist, sondern eine amtliche Austauschstelle und Vermittlungsanstalt zur Wahrung allgemeiner Interessen. In den Verwaltungsrat der geplanten Handelskammer, welche aus 24 Mitgliedern bestehen soll, wurden 18 Armenier, 4 Deutsche, 1 Tatar und nur ein Georgier gewählt, woraus man erhellt, daß die Gründer die kaufmännische Ein- und Ausfuhr in armenischen Händen zu monopolisieren gedenken, wozu in georgisch-deutschen Geschäftskreisen Stellung genommen werden wird. Die Auffassung der Armenier, daß in Georgien nur sie zur erfolgreichen Führung von Handelsgechäften befähigt seien, ist unrichtig, denn in ganz Westgeorgien, in Ameretien und Mingrelia, hat sich längst ein angesehenlicher

Das georgische Volk.

(2. Fortsetzung).

Die Georgier gehören zur südkaukasischen Völkerguppe, welche das weite Gebiet des alten Kolchis bewohnt und deren Glieder Mundarten einer eigenen Sprache reden, die weber arisch, noch semitisch, noch altairisch ist.

Die wichtigsten Stämme der Georgier sind: die Swanen (16500 Seelen) die Lazen (2400 Seelen), die Mingrelier (253000 Seelen) und die eigentlichen Georgier. Die letzteren zerfallen in: Kartlier und Kachier (480000 Seelen), Imerer (505000 Seelen), Gurier und Abcharen (70000 Seelen), und die Gebirgsstämme der Ghebnaren (7700 Seelen), Tschichen (6600 Seelen) und Pischaven (11 000 Seelen).

Die südkaukasischen Völker haben eine starke Familienähnlichkeit, die auf gleichartiger Rassenzusammensetzung beruht. Die Grundrasse ist kurz und hochfüßig, brünett und kleinwüchsig. Sie hatte im Altertum eine weite Verbreitung in Vorderasien und hat sich in den heutigen Armenien am reinsten erhalten. Mit dieser hat sich eine nordische, hochwüchsig, blonde und blaueaugige Gemischt, die namentlich im nordwestlichen Kaukasus stark vertreten ist. Unter den südkaukasischen Völkern sind besonders die Swanen an blonden Elementen reich, solche fehlen aber auch den anderen nicht.

Es kann wohl als sicher gelten, daß die Südkaukasier seit undenklichen Zeiten nahezu die gleichen Vorfahren haben. So werden die Swanen schon von Herodotos unter dem Namen Suano-Kolchoi erwähnt, und die Iberer

Herodots werden wohl die heutigen Imerer sein. Der Name Kolchis und Kolchoi, der im Altertum in mundartlicher Form als Karduchoi auftritt, lebt noch heute in der Bezeichnung Kartuli-Is des südkaukasischen Kernlandes. Da wir unter diesen Umständen in der heutigen Bevölkerung im wesentlichen dieselbe Rassenmischung wie im Altertum erwarten dürfen, so verdienen die Angaben der alten Schriftsteller über die Kolcher besondere Beachtung. Herodot bemerkt, daß die Kolcher krauses Wollhaar haben, und Pindar nennt sie schwarzgesicht. Es handelt sich hierbei um eine dunkelhäutige Urbevölkerung, die vor der Einwanderung der Semiten, Kaukasier und Arier weite Teile Vorderasiens erfüllte. Aus der Tatsache, daß sich in den heutigen Kaukasusvölkern zahlreiche Wörter dravidischer Herkunft nachweisen lassen, hat man auf eine dravidische Unterliecht geschlossen.

Das Land der Südkaukasier beginnt bei Tarabon und geht der Küste des Schwarzen Meeres entlang über den neuerdings viel genannten Tschocher hinweg bis nach Vatium hin. In diesem Küstenstriche wohnen die Reste der Lazen. Nördlich davon schließt sich Gurien an. Den schmalen Küstenraum, der dazu gehört, darf man wohl eine der an landschaftlichen Reizen reichste Gegend nennen. Er wird mit der Riviera verglichen. Landeinwärts erheben sich bewaldete Berge, die immer höher ansteigen und im hohen Adscharien die Grenze des ewigen Schnees überschreiten. Die mohammedanischen Bewohner dieses Berglandes, die tapferen Abcharen, wurden letzlich oft genannt, weil sie sich in dem völkerverfeindenden deutschen Kriege auf die Seite der Türken gestellt hatten und deswegen die bekannte Barbarei

der Russen bis zur Neige auskosten mußten.

Verfolgt man die Küste weiter nordwärts, so beginnt bei dem Seebade Kobuletti das hüffelreiche mingrelische Tiefland am Unterlaufe der Flüsse Lion und Ingur. Gurien, Mingrelen und das sich östlich anschließende Amerien bis zum Scharungebirge hin bilden eine klimatische Einheit. Die jährlichen Temperaturschwankungen sind gering, der Winter ist warm und die Niederschlagsmenge ist recht bedeutend (Vatium 2370, Poti 1614, Kutais 1452 mm). Infolgedessen zeichnet sich die Pflanzenwelt durch große Unpzigkeit und ihren subtropischen Charakter aus. Sogar die Baumwollsaude gedeiht hier. Bis in die hohen Gebirgstäler des armen Swaniens hinaus zieht sich diese grüne, blühende Pracht, und nur wenige Alpentäler lassen sich an Schönheit mit diesem Landschaftsbilde vergleichen, das als Hintergrund im Norden die eisgekronten Bergriesen des Kaukasus, vor allem den gewaltigen Elbrus hat.

Im Osten von Mingrelien steigt Imerien allmählich an. Etwa auf der Grenze zwischen dem Tieflande des Lion und den Vorbergen des Kaukasus, zu beiden Seiten des Lions, liegt die alte Landes Hauptstadt Kutais. Östlich erhebt sich das hügelige Ebrimerien, dessen Klima etwas rauher und regenärmer ist als das des innerjünglingrelischen Tieflandes. An Stelle der Mais- und Hirsefelder Mingrelens sieht man hier äppige Getreidekulturen, ab und zu durch bewaldete Höhen unterbrochen. Hier beginnen schon die Reste der großen Vergangenheit des Landes bemerkbar zu werden. Er erhebt sich bei Kutais das Kloster Gelatli, von dem aus man einen entzückenden Ausblick, namentlich nach Westen zu hat, und das durch seine



begabter Handelsstand herausgebildet, der es sicherlich verdient, sowohl von deutscher Seite als von Seiten der georgischen Regierung in seiner Fortentwicklung unterstützt zu werden. Abgesehen von der Errichtung einer den allgemeinen Interessen dienenden Handelskammer nach Entfere der deutschen Handelskommission bei der zuständigen Behörde erörtert werden, und wir werden später oft Gelegenheit haben, auf diese Frage zurückzukommen.

Ausland.

Alter die Kämpfe an der deutsch-französischen Front besagt der deutsche Heeresbericht folgendes:

Vom 6. Juni: Weste. Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: Artillerietätigkeit wechselnder Stärke. Mehrfach brachten Erkundungsgesichte Gefangene ein. Heeresgruppe deutscher Kronprinz: An der Schlachtfrent ist die Lage unverändert. Ertliche Kampfhandlungen westlich von Pontoise, nördlich der Mäse und am Savieresgrunde brachten uns in den Besitz feindlicher Erdwerke und Gräben. Der Artilleriekampf war vielfach lebhaft. Chateau-Thierry lag unter anhaltendem Beschießungsgewehr der Franzosen. — Die Beute der Heeresgruppe deutscher Kronprinz seit 27. Mai betragt nach bisherigen Feststellungen mehr als 55 000 Gefangene, darunter über 1500 Offiziere, mehr als 650 Geschütze und weit über 2000 Maschinengewehre. — In den beiden letzten Tagen wurden 46 feindliche Flugzeuge und 4 Heßelballons zum Abwurf gebracht. Jagdgeschwader Nichtbrosen schon gestern 15 feindliche Flugzeuge ab. Hauptmann Bertold und Leutnant Menthoff erangen ihren 31., Leutnant Löwenhardt seinen 27., Leutn. Albet seinen 26., Leutn. Kirckin seinen 21. u. 22. Luftsteg.

Vom 7. Juni: Weste. Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: Zeitweiliger auflebender Artilleriekampf. Nege Erkundungstätigkeit. Bei einem Vorstoß in die französischen Linien westlich vom Kemmel nahmen wir 2 Offiziere und 50 Mann gefangen. Heeresgruppe deutscher Kronprinz: Auf dem Schlachtfelde blieb die Gefechtsstätigkeit auf örtliche Kampfhandlungen beschränkt. Nördlich der Mäse und nordwestlich von Chateau-Thierry wurden Tealangriffe des Feindes abgewiesen. Südöstlich von Saery nahmen wir nach harter Artillerievorbereitung die feindlichen Linien beiderseits der Ardre. Wir machten 300 Gefangene.

Das Verhalten der Ententemächte zu den Erfolgen Deutschlands an der französischen Front beurteilt die „Tägl. Rundschau“ in ihrem Nächst-

auf die 195. Kriegswocche (Nr. 117, vom 29. April) wie folgt: „So gewaltig aber auch die Schläge Hindenburgs auf die Entente herniederbämmern, den Kampfeswillen Englands und Frankreichs haben sie bisher nicht zu erschüttern vermocht. England ist entschlossen, bis zur letzten Möglichkeit auszuharren, um das bis jetzt verlorene Spiel durch Fähigkeit noch zu gewinnen. Frankreich aber und Italien haben ihr Geschick so unlösbar mit England verknüpft, daß sie eigener Entschlüsse nicht mehr fähig sind. Zweifelhafte ist Amerika, dessen Kriegsstimmung nicht nach den Reden Wilsons und der deutschen Wilsonpreise unter Führung Herrn Sardens beurteilt werden darf, das vielmehr den Fortum seiner Kriegsberechnung immer mehr einfließt und unter den angewobenen Einschränkungen und Demungen seiner wirtschaftlichen Tätigkeit, der immer drückender werdenden Teuerung, den sich verichärfenden interpolitischen Gegensätzen mehr leidet, als ein Volk für einen Hilfskrieg, der seine eigenen Interessen nur indirekt berührt, auf die Dauer zu leiden gesonnen ist. Wenn Wood George dieser Tage die Genäherung eigener Verwaltung für Irland ausdrücklich als eine Forderung Amerikas bezeichnete und also die Lösung der wichtigsten englischen Frage von dem Ende, den ihre Behandlung in Amerika erweckt, abhängig macht, so zeigt das ebenso die tiefe Not Englands wie die zögernd gewordene Bundesgenossenschaft Amerikas, die durch Liebesgaben unterstützt und angereizt werden muß. Ebenfalls daß Amerika der Entente bisher das nicht gegeben, was es ihr bei Kriegseintritt versprochen, und so die immer sichtbar werdende Niederlage der Entente es zu besonderen Kräfteleistungen anspornt, wird abzuwarten sein. Wilsons Kriegsplan war: Sieg der Entente mit stiller Hilfe Amerikas und Ausnützung des Sieges durch das vom Kriege unberührt Amerika, das sich die Sieger verpflichtet hatte und zur ersten schiedsrichterlich entscheidenden Macht der Welt heranzugewachsen war. Als dieser Plan an den deutschen Waffensiegen scheiterte, war sein zweites Plan: Eintritt Amerikas in den Krieg, Schaffung einer Weltfront gegen Deutschland und rasche Erdrückung des Gegners. Auch dieser Plan muß heute, ein Jahr nach der Kriegserklärung, als erledigt angesehen werden, und wenn auch Wilson von seinem noch zur Zeit der blühendsten Neutralität ausgesprochenen Grundsatze: „Deutschland muß nicht nur niedergeworfen, nein, es muß gemorbet werden“, nicht ablassen wird, so können ihn doch Strömungen im eigenen Lande zwingen, seine Nordpläne zu verfehlen; und sich aus dem Kriege mit einer annehmbaren Geste zu retten, wenn sich eine neue Gelegenheit zu Friedensverhandlungen bietet. Wann dieser Zeitpunkt eintrifft, liegt im Dunkel — wir müssen uns mit der Zuversicht begnügen, daß unsere beiden Truppenarten, die Siege Hindenburgs und der U-Boot-Krieg, auch den ver-

zweifelsten Spieler dahin bringen werden, sich endlich matt zu erklären. Mit der Niederlage zu Lande zögert Preuss die englischen Blätter, und für den Krieg am See entscheidet die Tatsache, daß unsere U-Boote Tag für Tag 20 000 bis 22 000 Tonnen versenken und die Entente samt Amerika im günstigsten Falle nur 7500 Tonnen bauen kann.“

Das gleiche Wahlrecht in Preußen.

Es ist bei uns während des Krieges so viel von der Möglichkeit einer Revolution in Deutschland die Rede gewesen. Mehr als das: vor einigen Monaten hieß es sogar, sie sei schon ausgebrochen. Dazu kam dann noch die sonderbar klingende Nachricht von einem Aufstand gegen die Dinaftie, das Haus Hohenzollern, insbesondere gegen Kaiser Wilhelm, dessen „monarchistische Beirater“ im Bunde mit dem preussischen Junkertum jeden politischen Fortschritt im Sinne liberaler Reformen von vornherein ausschloßen, kurzum, im Deutschen Reich war angeblich der Teufel los und das Volk drauf und dran, die Tragödie des russischen Volkes zu wiederholen. Die mit Wintheit geschlagenen Regierungskreise, meinte man, dächten nur an Entlohnung nach außen und mifachteten die so erwünschten Entlohnung nach innen. Nach Beendigung des Krieges würden die Maßhaber den irreführenden Massen ihr wahres Gesicht zeigen und ihnen statt des wohlverdienten Protes, d. h. Aufhebung ihres Votcs, Steine, d. h. die schändliche Reaktion aufhängen.

All diesem Gerede, all den durch die eigene Beschränktheit bedingten Voraussetzungen, all den unfinnigen Prophezeiungen widerpricht unter anderem die jüngst von der preussischen Regierung auf die Tagesordnung gestellte Gesetzesvorlage betreffend die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und die durch sie hervorgerufene Diskussion (Erörterung) im preussischen Landtage und auf dem Ende April abgehaltenen nationalliberalen Parteitage.

Um dem Leser der „Rauf. Post“ weitere Kommentare zu ersparen, geben wir nachstehend die Verhandlungen des Parteitages im Auszuge, nach dem Bericht der „Tägl. Rundschau“ (Berlin), vom 29. April, wieder:

„Der nationalliberale Preussentag, der über die Haltung der nationalliberalen Landtagsfraktion zum gleichen Wahlrecht Beschluß fassen sollte, ist gestern vormittag im Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses zusammengetreten. Anwesend waren etwa 500 Vertreter aus ganz Preußen. Auch die Tribunen waren mit Berliner Parteifreunden dicht besetzt. Die nationalliberale Landtagsfraktion war vollständig anwesend, ebenso alle preussischen Mitglieder der nationalliberalen Reichstagsfraktion. Die nationalliberalen Mitglieder der Regierung, der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg, der Staatssek-

Bauart und seine Altertümer beachtenswert ist. An Bodenbeschaffen birgt Gebirge im Manganerze, die bei Schichturi ausgebeutet werden.

Das Sturmgebirge im Osten von Inerien ist eine wichtige Klimacheide. Von hier an nach Osten zu sich steigend, beginnt das kaspische Steppenklima, das durch geringe Niederschlagsmengen (Gori 489, Tiflis 389 mm) gekennzeichnet wird. Während aber die Abhänge des östlichen Kaukasus noch reiche Waldbestände tragen, wird die Ebene der Kura und der Jora nach Osten zu immer baumloser und pflanzenärmer. Der besuchteste Badeort dieses Gebietes, Borichom, liegt noch der Grenze von Inerien nahe, Eichen- und Buchenwälder, ja sogar die im georgischen Tieflande ganz unbekanntem Nadelbölzer bedecken hier die Berge. Zwischen Borichom und Gori ist die Abhänge Hochfläche sehr fruchtbar. Die Erde findet mit Obst- und Weingärten umgeben. Von Gori ab gewinnt die Steppenlandschaft die Oberhand. Das ganze Land ist reich an Ruinen und alten Bauten. Dort, wo die Aragwa in die Kura einmündet, liegt die alte Hauptstadt Georgiens, Mzcheti, mit der berühmten Domkirche, die über ein Jahrtausend die Hochburg der georgischen Kirche war. Nicht weit davon, hoch oben auf einem Berge steht die Klosterkirche von Sedafeni, die zu den ältesten Bauwerken des Landes gehört (7. bis 8. Jahrh.). Etwa 20 km stromabwärts erreichen wir Tiflis (350 000 Einw.), das heute im wesentlichen eine armenische Stadt ist. Nur 18% der Einwohner sind Georgier. In der Umgegend befinden sich deutsche Kolonien.

Die Breite des georgischen Sprachgebietes schwankt

bedeutend. Östlich von Sturmgebirge vrenngert es sich sehr, da hier von Norden her die Oßen, die Nachkommen der Alanen, ein stöbliches Volk, das Gebirge überbritten und die Georgier verdrängt haben. Von Borichom aus folgt der schmale Streifen des georgischen Landes dem Laufe der Kura bis nach Tiflis. Nördlich dieser Stadt dehnt es sich bis über den Kamm des Kaukasus hinweg aus. Dort wohnen die kleinen Stämme der Berggeorgier. Östlich von Tiflis liegt das weinreiche Kachien, das der unteren Masan berührt. Zum georgischen Reiche gehörte außerdem noch südlich von Tiflis die hauptsächlich von Armeniern bewohnte Provinz Sombien.

Sind schon die bisher skizzierten Teile des Landes klimatisch verschieden, so wird das Bild noch bunter, wenn wir aus dem felsigen Tieflande zu den armen Hochgebirgslandschaften der Swanen und Berggeorgier emporsteigen. Je höher hinauf, desto nördlicher wird die Pflanzenwelt, bis sie am Fuße des Eisgebanges der Berge ganz verschwindet.

Eine wahre Musterkarte klimatischer Zonen durchschreitet man bei dieser Wanderung. Das regenreiche, warme Tiefland trägt eine tropisch üppige Pflanzenbede, u. a. den Feigen- und den Granatbaum. Nierereiche Sümpfe und dicke Urdwälder erfüllen die Aulstaler. Das Charaktertier der Landschaft ist der Büffel. Etwas höher hinauf liegt die Kulturzone des Weizes und Weinstocks, die am dichtesten bevölkerte Gegend des Landes. Unter den wildwachsenden Bäumen fällt hier die Eiche durch ihre Häufigkeit auf. Leider ist es kein königlich gewachsener Baum wie bei uns, sondern nuriges Büschelwerk und Krüpp-

pelstern, da die Eingeborenen die Kronen der Bäume herauszubaden pflegen. Etwa bis 1000 m steigen Zedern- und Eichenwälder empor. Das Klima ist noch so mild, daß in 700 m Meereshöhe die Baumwollensaat als Kulturpflanze angetroffen wird. In 1200 m Höhe hört die Edelkastanie auf. Es beginnt das Reich der Buche, und in noch größeren Höhen wird der Wald von Birken, Nadelbölzern, Ahorn und Rotbuchen gebildet. Über 1500 m beginnt ein Wald von ganz nördlichem Gepräge, aus Tannen, Birken und Eichen bestehend. Aber auch noch in diesen Höhen macht sich der mildende Einfluß der schließenden Wand des Kaukasus geltend, der die kalten Nordwinde fernhält; im freien Swanien erreicht der Waldniveau fast 1700 m Meereshöhe. Von den Körnerfrüchten ist der Mais auf die unteren Zonen beschränkt, die mittleren beherbergt der Weizen. Diefen verdrängt weiter oben der Roggen, und erst in 2100 m Höhe bleibt die Gerste allein übrig. Allerdings gedeiht sie nicht mehr recht. Oft muß die Saat, die im August der Erde anvertraut wird, im Juli oder August des nächsten Jahres unrettbar geerntet werden, weil es an der nötigen Wärme geht. Die Bewohner des Waldes sind das Aeb und der Edelbierich, doch nur so weit der Boden weich ist; seltsamen Boden meiden sie. Den Winter verbringen beide im Tieflande. Außerdem sieht man im Walde die breite Fußspur des Bären. Im Hochsommer flattet er den Maisfeldern, deren Kolben ihm ein köstlicher Leckerbissen sind, seinen Besuch ab. Oberhalb der Baumgrenze lebt die Gemse und zwei verschiedene Steinbockarten. (Fortf. folgt).

relär des Reichsjustizamtes Dr. v. Krause und Unterstaatssekretär Schiffer nahmen als Mitglieder des Zentralvorstandes an den Verhandlungen teil.

Der Präsident im preussischen Staatsministerium Dr. Friedberg eröffnete den Preusentag mit einem Hinweis auf die hoch bedeutsamen politischen Fragen, über die er berufen sei, zu entscheiden. Wenn der Preusentag auch in dieser ersten Zeit nicht eintreten werden müssen, so liege das mit an der Tatsache, daß äußere und innere Politik durch vielfache Fäden mit einander verknüpft sind, und daß mit der längeren Dauer des Krieges auch die innerpolitischen Fragen des Landes wieder stärker aufleben. Trotzdem sei wohl niemand mit ungeteilterm Herzen erschienen. Die Gedanken aller Vertreter wollten in erster Linie an der Front, wo unser unvergleichliches tapferes Heer unter seiner genialen Führung von Sieg zu Sieg schreite und um dem heiß ersehnten Ziel der Erlösung eines starken deutschen Vaterlandes von Tag zu Tag näher bringe. (Beifall). Wenn dann die Friedensglöckchen läuten, wird unser Vaterland in neuer Blüte sich mächtig entfalten. (Beifall). Unverkennbar aber ist für uns mit des Reiches Glanz und Herrlichkeit verknüpft die geschichtlich überkommene Einrichtung des Reichstums.

Dr. Friedberg feierte dann die Verdienste des Hohenzollernhauses um Preußen und das Reich und schloß mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf Kaiser und König.

Nach der Wahl des Vorstandes folgte Abg. Schiffer als Hauptreferent des Vertretertages aus: Unsere national-liberale Partei befindet sich in einer ersten Krise. Es hat keinen Zweifel, von dieser bedauerlichen Tatsache die Augen länger zu verschließen. Die Gegenfrage beruht eine Grundfrage der Partei und zugleich eine Lebensfrage Preußens und des Deutschen Reiches, dessen Lebensbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten untrennbar mit dem Dasein Preußens verknüpft sind. Man hat in der Partei und in der Fraktion bisher das Bestreben gehabt, die Gegenfrage nicht an den Tag treten zu lassen, in der Hoffnung, mit ihnen im Innern der Partei fertig zu werden. Aber damit ist es jetzt vorbei. Die Dinge sind mächtiger, als unser aller Wünsche. Würden wir die Dinge weiter laufen lassen, so wie sie gehen, so würden unsere Reihen, die jetzt in Verwirrung geraten sind, gelockert und vielleicht ganz aufgelöst werden. Alles drängt zur Entscheidung. Wir müssen heraus aus der bisherigen Lage, und dafür ist eins notwendig: Klarheit. Wir müssen wissen, woran wir sind. Die Reichstagsfraktion, die Landtagsfraktion, der Zentralvorstand und die meisten Landesorganisationen haben gesprochen. Nun fehlt nur noch eins: der Spruch des Preusentages.... Es ist nicht daran zu zweifeln, daß ein außerordentlich großer Teil unseres Volkes durch die Ablehnung des gleichen Wahlrechts in seinem seelischen Gleichgewicht erschüttert würde, und daß damit ein Element gefährdet wäre, das wir zur Durchführung des Krieges nötig haben. Die Frage, auf die es ankommt, ist: ist die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen überhaupt aufzuhalten? Wenn die Einführung jetzt nur aufgehoben, aber nicht aufgehoben würde, dann würde jeder Widerstand auf intellektuell und ethisch wichtigere Faktoren entfallen. Was würden wir zu einem Heringskrieg sagen, der seine Truppen nutzlos opfern würde? Der einzelne kann sich opfern, wir aber haben an die Folgen zu denken. Die Politik ist die Kunst des Möglichen und des Notwendigen, aber niemals die Kunst des Unmöglichen. Wenn wir die Einführung des gleichen Wahlrechts für eine unvermeidbare Notwendigkeit halten, dann wäre es für die Partei vielleicht besser gewesen, wenn wir uns nicht hätten scheiden lassen, sondern die Führung übernommen hätten. Das gleiche Wahlrecht kommt. Das ist kein Fatalismus, das ist vielmehr die gesunde Empfindung für die Wirklichkeiten des Lebens. Thron und Volk haben sich geeinigt, an dem Ereignis einer Auflösung des Abgeordnetenhauses ist kein Zweifel möglich. Der Wahlkampf würde eine Volksabstimmung über die Frage des gleichen Wahlrechts werden, und mit einer ungeheuren Mehrheit wird sich das Volk für das gleiche Wahlrecht entscheiden. Das so zusammengelegte Abgeordnetenhaus wird das gleiche Wahlrecht beschließen, ob freilich mit den jetzt noch möglichen Skauten, ist außerordentlich zweifelhaft. Ein Lieblingswort Bismarcks war, daß die Woge trägt und nicht gelenkt wird. So sollen auch wir uns von der Woge nicht treiben, sondern tragen lassen, weil sonst die Woge über uns hinweggehen würde. Gewiß soll der Preusentag seine Entscheidung mit fähler Sachlichkeit und ruhiger Erwägung fällen, aber vergessen wir auch das Herz nicht. Geschichte wird nicht allein mit dem Kopfe gemacht, auch das Herz ist eine Realität in der Geschichte. Füllen wir dieses Herz mit Vertrauen in

unser Volk und in die Zukunft. Ich habe unerschütterliches Vertrauen zum preussischen und deutschen Volke. Ein Volk, das im Kriege diese Zeiten getragen und diese Opfer gebracht hat, das in der Kriegsführung alle Völker übertraffen hat, wird auch bei den Leistungen des Friedens nicht zu übertraffen sein. In der Hand des Preusentages liegt das Steuer für das Schiff der national-liberalen Partei. Möge ein guter Stern über dem Werke leuchten und möge die Entscheidung um dem Ziele näher bringen, das wir doch alle wünschen: die Größe, die Macht unserer Partei, den Bestand, das Heil, das Glück, die Herrlichkeit unseres Vaterlandes. (Stürmischer, wiederholter Beifall und Händeklatschen.)

Landtagsabgeordneter Lohmann: Lassen Sie mir Tatsachen und Gründe auf sich wirken. Wir befürchten vom gleichen Wahlrecht ein Überwachen der Sozialdemokratie. Die bisherigen Reichstagswahlen haben keine allzu große Verchiebung der Parteiverhältnisse gezeigt. Unter einem gleichen Wahlrecht würde das preussische Abgeordnetenhaus 112 Sozialdemokraten, 40 Polen, 35 Fortschrittler, 3 Wesken und 2 Dänen aufweisen, insgesamt 192 Radikale bei einer Mehrheit von 228. Die Radikalen würden also nur 16 Stimmen gebrauchen, um die absolute Mehrheit zu erhalten. Dazu kämen noch 102 Zentrumsgesandnete. Das natürliche Anwachsen der Sozialdemokratie wird auch nach dem Kriege bleiben. Eine einzige Wahlperiode genügt, und wir werden im Abgeordnetenhaus eine radikale Mehrheit haben. Nicht zu übersehen ist auch das sicher kommende allgemeine Stichwahlbündnis des Fortschritts mit der Sozialdemokratie. Bei dem bisherigen schlechteren Bündnis wird es nicht bleiben. Weiter werden wir durch die Grenzberichtigungen im Osten einen Zuwachs von Polen bekommen. Auch ich hoffe, daß unsere Arbeiterschaft national empfinden möge. Aber ich glaube nicht, daß die Sozialdemokratie als solche geringer werden wird. Die Neigung zu radikalpolitischen Meinungen wird nach dem Kriege zunehmen und die mit Recht nach Lebensgenuss hungernden zurückkommenden Soldaten werden der Partei folgen, die ihnen sagt, die Staatsausgaben könnten auf Kosten der Reichen ohne Belastung der Armen gelöst werden. Wir in der Landtagsfraktion haben bisher fast ausnahmslos auf dem Standpunkt gestanden, daß die königliche Hofschafferei ein Unglück war. Gewiß haben sich nach der Hofschafferei die Arbeiter und Beamten gefügt, daß man nun das gleiche Wahlrecht erst recht verlangen müsse. Zweifellos hat die königliche Hofschafferei auch Wirkungen auf einen etwa kommenden Wahlkampf. Wenn der Regierungsapparat und der dritte Stand zusammenarbeiten, dann ist ein Widerstand nicht leicht. Darüber hinaus aber bestreite ich der königlichen Hofschafferei jede weitere verschleppende Wirkung. Jedenfalls hat uns die königliche Hofschafferei in eine schwierige Lage gebracht. Vor dem Kriege waren 99 v. H. unserer Partei gegen die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen, unter der Einwirkung des Krieges hat ein verschwindend kleiner Prozentsatz seine Ansichten geändert und nun will uns die königliche Hofschafferei zwingen, etwas anzunehmen, gegen das wir die schwersten Bedenken haben. Man sagt, das alte Preußen sei widerstandsfähig und werde auch diesen Fuß vertragen. Vielleicht ist es das letzte Mal, daß ich öffentlich zu Parteifreunden spreche. Wenn keine Verständigung gelingt, werden Sie mich nicht wiedersehen. Ich habe aus bestem Gewissen und nur aus Pflichtgefühl heraus gebandelt. Nicht Eigennutz diktiert unseren Widerstand. Aber was auch kommen mag, eine starke national-liberale Partei muß nach wie vor vorhanden sein. Der Staat vertritt es nicht, wenn harte Steine, wie es die Parteien auf der Rechten und auf der Linken sind, gegen einander arbeiten. Ein positiv gerichtetes liberales Bürgertum ist für den Staat unentbehrlich, und so scheide ich mit der Hoffnung, daß eine starke national-liberale Partei erhalten bleiben möge, komme, was kommen mag. (Beifall und Händeklatschen.)

Der dem Vertretertag zur Entscheidung vorgelegte Antrag (Resolution Leidig) hatte folgenden Wortlaut: „Der fünfte preussische Vertretertag der national-liberalen Partei stellt sich auf dem Boden des gleichen Wahlrechts für Preußen, die er als eine Staatsnotwendigkeit erachtet. Er erwartet deshalb, daß die national-liberalen Mitglieder des Abgeordnetenhauses dem gleichen Wahlrecht im Rahmen der Regierungsvorlage zustimmen. Er lehnt die Verantwortung dafür ab, wenn national-liberale Abgeordnete nach der Entscheidung des Preusentages, als der maßgebenden Parteiführung, durch ihre Abstimmung den Ausschlag gegen

das gleiche Wahlrecht herbeiführen wollen.“

Darauf folgte die Aussprache: Prof. Dr. Baumgarten-Kiel: Bis zum Kriege war ich Anhänger eines Pluralwahlrechts. Der Krieg hat mich auf die andere Seite geführt. Gerade nach Einführung des gleichen Wahlrechts werden wir eine Partei des gemäßigten Fortschrittes nötig haben, die dem Drange nach links beschleunigend und beruhigend entgegenwirkt.

Landtagsabg. Menzel-Polen: Die Dinnark muß deutsch bleiben. Unsere Dinnarkpolitik war nie offensiv, immer defensiv. Die Regierung gibt selbst zu, daß unter dem gleichen Wahlrecht die alte Dinnarkmehrheit verschwinden wird. 40 bis 42 Polen werden in das Abgeordnetenhaus einziehen. Auch die größten Erfolge dieses Krieges werden an dieser Zahl nichts ändern. Minister Treus glaubt an eine Verständigung mit den Polen. Das ist eine Utopie. Die Polen werden noch radikaler werden, wenn wir uns erst gegenüber dem neugeborenen Polen die feindseligen Grenzberichtigungen geschaffen haben werden. Wir brauchen im Osten eine starke Regierung. Heute haben wir sie noch, aber die Regierung von heute wird nicht die Regierung von morgen sein, wenn das gleiche Wahlrecht eingeführt ist. Dann werden Fortschrittler und Sozialdemokraten verlangen, daß ihre Vertrauensmänner in die Regierung einziehen. Ein gleiches Wahlrecht in den Gemeinden würde in der Dinnark direkt verunsichernd wirken. Dann wäre es um das Deutschtum geschehen. Solange diese Beschränkungen bestehen, halten wir unseren Widerstand aufrecht.

Regierungspräsident v. Campen: Im vorigen Jahre habe auch ich noch auf dem Standpunkt v. Dr. Lohmann gestanden. Heute aber gehe ich zu denjenigen, die eine neue Orientierung für notwendig halten. Heute läuft alles auf die Frage hinaus: was geschieht, wenn die Vorlage abgelehnt wird, was geschieht, wenn sie angenommen wird? Im ersten Falle tritt in unserem politischen Leben ein verhängnisvoller Wirrwarr ein, daß die Erfolge des ganzen Krieges dadurch in Frage gestellt werden. Weil dies meine Überzeugung ist, bitte ich darum, daß man für die Vorlage eintritt.

Justizrat Dr. Wagner-Berlin bespricht die Wahlrechtsvorlagen als geborener Dinnarker und als einer, der die längste Zeit seines Lebens in der Dinnark gelebt hat. Statt mit 12 werden die Polen in Zukunft mit 40 Abgeordneten in diesem Saale vertreten sein. Aber damit ist noch nicht alles getan. Die ganze preussische Dinnark bekommt eine polnische Färbung. In den Kreisen, wo politische Abgeordnete sitzen, sind die Deutschen vollkommen von Abgeordneten ausgetrieben. Das würde in Zukunft für die gesamte Dinnark mit ihren 40 polnischen Abgeordneten zutreffen. Die Frage ist heute wichtiger und bedeutender denn je. Durch die Errichtung des königreichs Polen ist ein Kern- und Mittelpunkt für das gesamte Polentum geschaffen worden. Ebenso wie der Polenklub in Preussisch sich einmischt in die inneren Angelegenheiten Preußens, so wird es in Zukunft auch das Königreich Polen tun. Bismarck hat einmal gesagt, die Errichtung eines selbständigen Königreichs Polen bedeutet eine französische Armee im Osten. Die haben wir ja nun glücklich. Die Dinnarker haben kein Vertrauen zur Regierung, ebensowenig Vertrauen vermögen sie zu fassen zu einem Abgeordnetenhaus, das nach einem gleichen Wahlrecht gewählt ist. Unsere ganze Zukunft steht auf dem Spiel. Der Neener fährt weiter aus, daß bei der Einführung eines Pluralwahlrechts die Folge nicht gleich verhängnisvoll sein würde.

Abg. Dr. v. Krause: Das Vertrauen zwischen Regierung und Volk muß unsere ganze Zukunft regeln. Und ein Mittel, das dabei in Frage kommt, ist das gleiche Wahlrecht. Ich trete aus innerer politischer Überzeugung für das gleiche Wahlrecht ein.

In der Abstimmung wird zunächst der Antrag Dr. Lohmann auf Abänderung des Einleitungsabzuges des Antrages Leidig dahin, daß gesagt werden sollte: „Der Preusentag würdigt zwar die schweren Bedenken, die gegen das gleiche Wahlrecht geäußert werden, stellt sich aber gleichwohl auf dem Boden des gleichen Wahlrechts usw.“, abgelehnt. Die Abstimmung über den Antrag Leidig ist namentlich. Der Antrag wird mit 419 Stimmen gegen 129 Stimmen angenommen. (Beifall und Beifall).

Herausgeber: Das F.-H. des transkauk. deutschen Verbandes. Verantwortlich für die Redaktion: Das Redaktionskomitee.